



Brüssel, den 8. März 2024
(OR. en)

7381/24

**Interinstitutionelles Dossier:
2024/0056(BUD)**

**FIN 225
PE-L 7**

I/A-PUNKT-VERMERK

Absender:	Generalsekretariat des Rates
Empfänger:	Ausschuss der Ständigen Vertreter/Rat
Nr. Komm.dok.:	7102/24 (COM(2024) 80 final)
Betr.:	Standpunkt des Rates zum Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 1 zum Gesamthaushaltsplan 2024: Erforderliche Berichtigung des Haushaltsplans 2024 aufgrund der Revision des MFR

1. Die Kommission hat dem Rat am 29. Februar 2024 den Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans (EBH) Nr. 1 zum Gesamthaushaltsplan 2024¹ vorgelegt, mit dem die sich aus der Revision des mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) ergebenden Änderungen am Haushaltsplan 2024 vorgenommen werden.

Die Revision der MFR-Verordnung² gilt rückwirkend ab dem 1. Januar 2024 und umfasst, wie in Artikel 4 Absatz 1 der MFR-Verordnung vorgesehen, unter anderem Änderungen der Obergrenzen des MFR, die im Zuge der aktualisierten technischen Anpassung des MFR für das Haushaltsjahr 2024 in Form einer Mitteilung der Kommission vom 29. Februar 2024³ mitgeteilt wurden.

¹ Dok. 7102/24.

² Verordnung (EU, Euratom) 2024/765 des Rates vom 29. Februar 2024 zur Änderung der Verordnung (EU, Euratom) 2020/2093 zur Festlegung des mehrjährigen Finanzrahmens für die Jahre 2021 bis 2027 (ABl. L, 2024/765, 29.2.2024).

³ Dok. 7103/24 (COM(2024) 110 final).

Um den Auswirkungen der Revision des MFR auf das Haushaltsjahr 2024 Rechnung zu tragen, umfasst der EBH Nr. 1/2024 folgende Elemente:

- die Schaffung des Eingliederungsplans und Erläuterungen zur Deckung der Fazilität für die Ukraine⁴ sowie die Inanspruchnahme des neuen besonderen Instruments, der „Ukrainereserve“, in Höhe von 4,8 Mrd. EUR an Mitteln für Verpflichtungen (MfV) und 3,8 Mrd. EUR an Mitteln für Zahlungen (MfZ) für nicht auf Darlehen basierte Unterstützung durch die Union einschließlich administrativer Hilfe im Einklang mit der MFR-Verordnung;
- die Aufstockung des Europäischen Verteidigungsfonds um 376 Mio. EUR an Mitteln für Verpflichtungen im Rahmen der Plattform für strategische Technologien für Europa (STEP)⁵;
- die Anpassung des Eingliederungsplans, um die Solidaritäts- und Soforthilfereserve in zwei getrennte Instrumente aufzuteilen und die Beträge für beide Instrumente aufzustocken;
- die Schaffung des Eingliederungsplans und Erläuterungen zur Deckung der Reform- und Wachstumsfazilität für den Westbalkan mit einem Betrag von 501 Mio. EUR an Mitteln für Verpflichtungen in der Reserve und 23,9 Mio. EUR an Mitteln für Zahlungen, die bis zur Annahme der Rechtsgrundlage in die Reserve eingestellt werden;
- die Kürzung der Mittel für Verpflichtungen in der Reserve für den Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung zugunsten entlassener Arbeitnehmer (EGF) um 175,7 Mio. EUR im Jahr 2024.

Darüber hinaus enthält der EBH Nr. 1/2024 infolge der politischen Einigung zwischen dem Europäischen Parlament und dem Rat über die Einrichtung des Amts für künstliche Intelligenz im Dezember 2023 eine Anpassung der Erläuterungen des Haushaltsplans zur Haushaltlinie für Unterstützungsausgaben für das Programm „Digitales Europa“.

⁴ Verordnung (EU) 2024/792 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. Februar 2024 zur Einrichtung der Fazilität für die Ukraine (ABl. L, 2024/792, 29.2.2024).

⁵ Verordnung (EU) 2024/795 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. Februar 2024 zur Einrichtung der Plattform „Strategische Technologien für Europa“ (STEP) und zur Änderung der Richtlinie 2003/87/EG und der Verordnungen (EU) 2021/1058, (EU) 2021/1056, (EU) 2021/1057, (EU) Nr. 1303/2013, (EU) Nr. 223/2014, (EU) 2021/1060, (EU) 2021/523, (EU) 2021/695, (EU) 2021/697 und (EU) 2021/241 (ABl. L, 2024/795, 29.2.2024).

Insgesamt entsprechen die Nettoauswirkungen des EBH Nr. 1/2024 auf die Ausgaben einer Aufstockung der Mittel für Verpflichtungen und der Mittel für Zahlungen um 5 833,7 Mio. EUR bzw. 4 143,6 Mio. EUR.

2. Damit der Rat seinen Standpunkt zu diesem Entwurf des Berichtigungshaushalts unverzüglich festlegen kann, muss er aus Dringlichkeitsgründen beschließen, im Einklang mit Artikel 3 Absatz 3 seiner Geschäftsordnung die Achtwochenfrist nach Artikel 4 des Protokolls (Nr. 1) über die Rolle der nationalen Parlamente in der Europäischen Union zu verkürzen.
3. Der Haushaltsausschuss hat den EBH Nr. 1/2024 in seinen Sitzungen vom 1. Und 8. März 2024 geprüft und konnte ihm ohne Änderungen zustimmen.
4. Nach Abschluss der Prüfung ist der Haushaltsausschuss mit qualifizierter Mehrheit übereingekommen, dem Ausschuss der Ständigen Vertreter vorzuschlagen, dass er dem Rat empfiehlt, dass er
 - den unter Nummer 3 genannten Standpunkt des Rates zum EBH Nr. 1/2024 festlegt;
 - den Vorsitz beauftragt, die dem Europäischen Parlament zu übermittelnden Haushaltsdokumente zu erstellen, und den in der Anlage enthaltenen Entwurf eines entsprechenden Schreibens billigt und
 - den Beschluss des Rates zur Festlegung des Standpunkts des Rates zum Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 1 der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2024 (Dokument 7382/24) im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlichen lässt;
 - in Anbetracht der Dringlichkeit der Angelegenheit beschließt, auf der Grundlage des Artikels 3 Absatz 3 Unterabsatz 2 der Geschäftsordnung des Rates von der in Absatz 3 Unterabsatz 1 jenes Artikels genannten Achtwochenfrist abzuweichen.

ENTWURF EINES SCHREIBENS

des : Präsidenten des Rates

an die : Präsidentin des Europäischen Parlaments

Sehr geehrte Frau Präsidentin,

ich darf Ihnen mit gesondertem Schreiben den Standpunkt des Rates zum Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 1 für das Haushaltsjahr 2024⁶, der am 19. März 2024 vom Rat festgelegt wurde, zuleiten.

(Schlussformel)

⁶ Dok. 7432/24 + ADD 1.